

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinrich, Fahrtenbrach, Düsseldorf 100, Tannenstr. 33, Tel. 32423 + Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 4692 + Bestellungen durch die Post für den Monat 1.—M.

Unsere Stellung zu den politischen und geistigen Strömungen der Gegenwart.

Vortrag unseres Gesamtverbandsvorsitzenden, Kollegen Adam Stegerwald in der öffentlichen Vertretertagung der christlichen Gewerkschaften am 13. Okt. zu Köln.^{*)}

Der Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften ist feinerzeit weitgehend beachtet worden. Das kam daher, daß seit dem Zusammenbruch noch keine Tagung irgend einer Partei und der großen Volksgruppe stattgefunden hat, die so nachdrücklich den Finger auf die deutsche Volksmunde gelegt hat, wie Essen. Mit den Erfolgen von Essen sind viele nicht zufrieden. Und dennoch: man darf gegenwärtig auch nicht zu viel in kurzer Zeit erwarten. 1920, als der Essener Kongreß tagte, lag ein Beschluß der Sozialdemokratie dahin vor, daß sie sich in keine Koalition mit der deutschen Volkspartei einlasse. Ein Jahr später hat die Sozialdemokratie, nicht ohne mein Zutun als preußischer Ministerpräsident, diesen Beschluß aufgehoben. Im Jahre 1921 ist die Partei der Klassenkämpfer, die Sozialdemokratie, mit der Partei der sogenannten Industriemagnaten, der Deutschen Volkspartei, in Preußen und im Jahre 1923 im Reich eine politische Arbeitsgemeinschaft eingegangen. Wir sind also in politischer Hinsicht dem in Essen umschriebenen Ziel ein großes Stück näher gekommen, allerdings auf einem anderen als dem in Essen umschriebenen Weg. Mir schmehte in Essen kurz vor: eine große, christliche, deutsche, demokratische und soziale Volkspartei, die die Führung für den deutschen Wiederaufbau in die Hand nehmen sollte. Diese Partei wäre damals möglich gewesen, hätten sich ausreichend führende Männer gefunden, die die Größe der Stunde gesehen hätten. Diese Menschen fanden sich nicht, und die Zeche dafür hat das deutsche Volk in den letzten Jahren bezahlen müssen und wird sie auch in Zukunft noch in vielfacher Hinsicht zu bezahlen haben. Aber es gibt Dinge, die man nicht plötzlich und mit Gewalt ändern kann, und womit sich ein Mensch, der seit einem Menschenalter im öffentlichen Leben steht, abfindet. Das in Essen umschriebene Ziel wird sonach bis auf weiteres auf dem — allerdings notwendigen — Umweg über Koalitionen verwandter Parteien durchzusetzen versucht werden müssen.

Die christlichen Gewerkschaften waren vor dem Weltkrieg Organisation zur Regelung des Arbeitsvertrages und zur gerechteren Verteilung des Güterertrages zwischen Kapital und Arbeit. Das wird auch in Zukunft die erste und dringendste Aufgabe der christlichen Gewerkschaftsbewegung bleiben. Kann das aber das Endziel unserer Bestrebungen sein? Nein! Dieses geht sehr viel weiter. Legen sagte feinerzeit einmal: Aufgabe und Ziel der Gewerkschaftsbewegung sei: durch Vorenthaltung der Arbeitskraft deren Wert zu steigern! Auch das war total falsch gesehen.

Ziel der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung

muß vielmehr sein: positiver Mitträger der Wirtschaft zu werden und mit ihren Bestrebungen bis zu den Wurzeln der Produktion vorzudringen. Heutigen Tags besteht das deutsche Volk zu 70 Prozent aus bloßen Gehalts- und Lohnempfängern. Die Kommunisten wollen diesen Zustand ändern durch die Diktatur des Proletariats. Diesen Weg wollen und können wir nicht mitgehen; die Sozialdemokraten wollen ihn ändern durch Vergeßlichkeit der Produktionsmittel auf dem Wege über die Demokratie. Auch diesen Weg können wir nicht mitgehen. Sozialisierte Wirtschaft bedeutet gleichzeitig bürokratisierte Wirtschaft, und eine bürokratisierte Wirtschaft würde sich für ein Volk noch viel katastrophaler auswirken, wie sich der bürokratisierte preussische Staat für das deutsche Volk verhängnisvoll ausgewirkt hat. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß, wenn nicht alle, so doch ein großer Teil der 70 Prozent Gehalts- und Lohnempfänger in den Mitbesitz und die Gesamtarbeiterschaft in die Mitverantwortung an der deutschen Wirtschaft hineinwachsen muß. Das kann auf vielerlei Wegen geschehen: durch Schaffung von Produktionsgenossenschaften, Konsumvereinen, Einführung der Kleinaktie, maßgebende Beteiligung der Gewerkschaftsverbände an den bedeutendsten Unternehmungen ihrer Gewerbe, durch Pflege des berufständischen Sparverehrs mittels besonderer Banken usw. Auf dem Wege der organisierten Gewerkschaftskraft, Sparrkraft und Konsumkraft, müssen wir dahin gelangen, daß nicht mehr 70 Prozent des deutschen Volkes bloße Gehalts- und Lohnempfänger sind. Auch der Arbeitsgemeinschaftsgedanke muß in den Dienst dieser Bestrebungen gestellt werden. Es sollen für die einzelnen Berufe zwischen Unternehmern und Arbeitern in den einzelnen Bezirken und zentral für die Gesamtarbeiterschaft in den einzelnen Bezirken und zentral, zwischen Erzeugern und Verbrauchern in den einzelnen Bezirken und zentral Arbeitsgemeinschaften gebildet werden. Den gewerblich-industriellen Arbeitsgemeinschaften sollen auf die Dauer öffentlich-rechtliche Aufgaben auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, des Arbeitsnach-

weisens, der Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses usw. übertragen werden. Daneben soll die Mitverwaltung der gesamten Arbeiterschaft an der Wirtschaft treten. Einrichtungen wie das Betriebsrätegesetz, Aufsichtsratsgesetz usw. sind auszubauen. Das ist es, was in der Hauptsache der Essener Kongreß wollte.

Nun haben sich in den letzten Jahren auch in unserem Lager mancherlei Meinungsverschiedenheiten herausgebildet. Das darf niemand übersehen. Im Ziel besteht in unserem Lager völlige Uebereinstimmung; um den rechten Weg, den alle Verbände gemeinschaftlich gehen können, wird gegenwärtig gerungen. Die Hauptschwierigkeiten liegen darin, daß wir mehr sind, als eine bloße wirtschaftliche Interessenvertretung. Wir sind auch

mehr als eine bloße Gewerkschaftsbewegung,

und zwar in zweifacher Hinsicht. Wir nennen uns zunächst eine **christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung**, und dann stellen wir im öffentlichen Leben eine **Mittelgruppe** dar, zwischen den bürgerlichen Parteien, von denen keine unsere Auffassungen und Forderungen restlos vertritt, auf der einen Seite und den sozialistischen und kommunistischen Klassenparteien auf der andern Seite, von denen uns eine geistige Welt trennt. Eine **christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung** hat zur Voraussetzung ein gewisses Maß gemeinsamer geistiger und nationaler Grundlagen. Diese waren vor dem Kriege gegebene Größen, sie waren als etwas Selbstverständliches da. Seit der Revolution sind diese ehemaligen, geistigen und nationalen Grundlagen umstritten und erschüttert. Grundsätzlich haben wir den Staat und die Wirtschaft bejaht, und nun sind wir gezwungen, unter veränderten Verhältnissen unsere Grundsätze praktisch zu erweisen. Und deswegen treten in der Uebergangszeit auch bei uns Schwierigkeiten hervor. Ohne ausreichende, gemeinsame, geistige Grundlagen ist sodann in Deutschland keine Gewerkschaftsbewegung möglich.

Wie steht es mit unseren gemeinsamen nationalen und geistigen Grundlagen, wie steht es mit unserer christlichen Auffassung? Daran hat sich im wesentlichen nichts geändert. Aber die **Auswirkungsmöglichkeiten** des Christentums im öffentlichen Leben sind andere geworden. Früher hat sich der Katholizismus im öffentlichen Leben und im Staat weitgehend zurückgezogen gefühlt. Meines Erachtens mit Recht. Unsere evangelischen Kollegen in der Gewerkschaftsbewegung haben das vor dem Kriege auch weitgehend anerkannt. Mit Stöcker, Rumm, Behrens, Fräulein Behm, Baltusch usw. wäre vor dem Kriege ein viel weitgehenderes Zusammenarbeiten mit den Katholiken wie geschehen, möglich gewesen, wenn nicht der Evangelische Bund die ganze Atmosphäre vergiftet gehabt hätte. Heute nun sagen unsere evangelischen Kollegen: seit der Revolution werden die positiven Evangelischen im Staat genau so behandelt, wie ehemals die Katholiken. Der weitaus größte Teil der religiös positiv gerichteten Kräfte im evangelischen Lager sieht seine politische Vertretung in der **Deutschnationalen Volkspartei**; sie sagen: wo sind heute in Preußen und in den meisten Bundesstaaten, die evangelisch positiv religiös eingestellten Minister, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte, Polizeipräsidenten usw.

Wir sind sodann **nicht bloß eine christliche, sondern auch eine nationale Gewerkschaftsbewegung.**

Auch in unserer nationalen Auffassung hat sich nichts geändert. Aber ebenso wie die christlichen, sind auch die nationalen Auswirkungen heute andere wie ehemals. Früher war für uns der alte Staat dem Wesen nach das Gegebene. Fast alle Mitglieder standen auf dem Boden der Monarchie. Jetzt besteht über den Staat, wie er ist, noch keine Meinungsübereinstimmung, ebenfalls nicht über Monarchie und Republik. In den letzten Jahren hatten wir einen schwachen Staat, der sich auf die wirtschaftlich Schwachen stützte, der aber diesen Schwachen nicht helfen konnte, weil er selbst keine Macht hatte. Der deutsche Staat wird noch längere Zeit schwach bleiben. In einem schwachen Staat sind starke Organisationen, wenn sie nicht diszipliniert und mit dem Ganzen verantwortlich verbunden sind, eine schwere Gefahr für die Gesamtheit. Wenn sich aber wirklich die einzelnen Glieder kräftig betätigen wollen, dann muß erst ein gemeinschaftlicher, starker Körper da sein. Wir haben uns klar zu werden, daß ohne gefestigten Staat und ohne gesicherte Wirtschaft, die Gewerkschaftsarbeit auf die Dauer Sisyphusarbeit ist. Darum habe ich in den letzten Jahren meine Hauptaufgabe darin gesehen, energisch mitzuarbeiten, daß wir wieder einen halbwegs gefestigten Staat bekommen.

Wir sind sodann früher de facto eine westdeutsche Bewegung gewesen und befanden uns in den ärmlichsten aller Zeiten auf dem Wege zu einer gesamtdeutschen Bewegung. Eine westdeutsche Bewegung wäre in den letzten Jahren sehr leicht zusammenzuhalten gewesen. Zunächst ist hier die Bevölkerung und die Mitgliedschaft der christlichen Gewerkschaften überwiegend katholisch, und dann ist der Westen unter dem ausländischen Druck in politischer und nationaler Hinsicht weitgehend zusammengeklammert worden. Unter den bürgerlichen Arbeitervereinen Wei-

deutschlands war es unter solchen Verhältnissen sehr leicht, die Einheitlichkeit herzustellen. Zwischen ihnen und den kath. Arbeitervereinen Bayerns bestehen in einer Reihe großer Fragen die gleichen Meinungsverschiedenheiten wie innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Diese Meinungsverschiedenheiten in unserer Bewegung sind in der Hauptsache auf zwei Ursachen zurückzuführen; einmal darauf, daß die fundamentalen Veränderungen, die in den letzten Jahren in Staat und Wirtschaft sich abgepielt haben und deren Rückwirkung auf die Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Berufen und Bezirken Deutschlands noch nicht einheitlich beurteilt und gesehen werden, und dann darauf: daß in den letzten Jahren das Schwergewicht unserer Bewegung im besetzten Gebiete lag, der größte Teil Deutschlands aber unbesezt war.

In unserer Bewegung gibt es sodann **zwei Strömungen zur Gesamtbeurteilung der öffentlichen Vorgänge:**

eine Strömung, die überwiegend von **wirtschaftlich-geistigen**, und eine, die in der Hauptsache von **politisch-demokratischen**, und nicht zu sagen, formal-demokratischen Voraussetzungen ausgeht. Die erstere Strömung sagt: das gleiche Wahlrecht allein nützt den Arbeitern in Deutschland nicht viel. In Konsequenz dieser Auffassung — und weil ich nicht Formal-Demokrat bin — habe ich persönlich von jeher den Standpunkt vertreten, daß man zwar mit Parlamentsmehrheiten Gesetze, nicht aber Politik machen könne. Aus den gleichen Gründen, aus denen ich feinerzeit für die Heranziehung der Deutschen Volkspartei an die staatliche Verantwortung eintrat, und denen heute auch die Sozialdemokratie zustimmt, bin ich heute für die Heranziehung der **Deutschnationalen Volkspartei zur politischen Mitverantwortung**. Die Deutschnationale Volkspartei und die Bayerische Volkspartei, die ebenfalls außerhalb der politischen Verantwortung steht, vertreten heute zusammen mindestens **75 Prozent der landwirtschaftlichen Produktionskraft**. Glaubt jemand, daß der deutsche Wiederaufbau möglich ist, ohne daß die starken Kräfte zur Mitverantwortung herangezogen werden? Wir haben sodann erklart, daß die nationalen Kräfte außerordentlich erklart sind. Im Hinblick auf die unverjählich strömende, lebendige, deutsche Tradition und im Hinblick auf den außerpolitischen Druck, dem wir in den letzten Jahren ausgesetzt waren, trug diese Entwicklung den Stempel des Selbstverständlichen und Zwangsläufigen. Die Kräfte, die überwiegend in der Deutschnationalen Volkspartei und in den vaterländischen Verbänden sich zusammengefounden haben, stehen seit fünf Jahren in **schärfster Opposition zum Staate**. Was ist nun politisch das Klügste: diese Kräfte verantwortlich an den Staat zu binden, oder aber, sie verantwortungslos weiter sich ausleben und damit noch härker werden zu lassen? Heute gibt es in diesem Lager viele Kräfte, die von der „Ludendorfferei“ und von der „Putzerei“ nichts wissen wollen. Wie glaubt man die gegenwärtigen staatlichen Verhältnisse am besten festigen und sichern zu können: dadurch, daß man diese Kräfte vor der Tür stehen und schimpfen läßt, oder aber dadurch, daß man sie vor die staatliche Verantwortung stellt?!

Die meisten religiös-positiv gerichteten Kräfte im evangelischen Lager bekennen sich sodann heute politisch zur **Deutschnationalen Volkspartei**. Wir nennen uns **christliche Gewerkschaftsbewegung**, und nun frage ich:

Was steht uns christlichen Arbeitern näher:

das internationale Börsejobbertum, die internationalen Freimaurerlogen, die mechanistische Geistesrichtung und Lebensauffassung, wie sie von der bürgerlichen, deutschen Demokratie und der Sozialdemokratie gemeinsam vertreten wird, eine Reihe intellektueller, wurzelloser Elemente, die sogenannten leichtbeweglichen „Springins-Feld“ auf der einen Seite, oder aber das deutliche, bodenständige, katholische und evangelische Volk auf der andern Seite, insbesondere dann, wenn es konfessionell duldsam und verständlich und ebenso für staatspolitische, soziale Fortschritte zugänglich ist. Den bodenständigen Teil des deutschen Volkes im katholischen und evangelischen Lager zu einer vernünftigen, gesamtpolitischen, staatspolitischen und sozialpolitischen Auffassung zu bringen, das muß eine der großen Aufgaben der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Deutschlands sein.

Die zweite Strömung in unserer Bewegung geht von der **politisch-demokratischen** Seite her an die Dinge heran. Sie sagt: die alten herrschenden Schichten könnten sich nicht damit abfinden, daß andere Leute an ihre Stelle getreten sind. Diese Kräfte wollten wieder den alten Staat und wieder herrschen. Zu diesem Zweck brauchen sie die Monarchie als Kulisse, um in einem Kreis ihre Pläne betreiben und durchsetzen zu können. Weiter sagt diese Strömung: der frühere preussische Staat war de facto ein protestantischer Staat, der Katholizismus konnte darin nie zu voller Gleichberechtigung kommen. Diese Strömung sagt weiter: Ungläubige und Atheisten in Deutschland sind gegenüber dem Katholizismus vielfach toleranter, wie viele Evangelische. Schließlich sagt die gleiche Strömung: es ist in Deutschland nicht leichter, das Bürgertum für eine vernünftige soziale Auffassung zu erziehen, als die Sozialdemokratie zu einer brauchbaren nationalen Betrachtungsweise zu bringen. Auch diese Gesamtauffassung hat viel Berechtigung. Persönlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß der deutsche Wiederaufbau von der rein politischen Seite her nicht gelingen kann, sondern daß geistige, sittliche und religiöse Kräfte den Untergrund zu geben haben für den Wiederaufbau des deutschen Volkslebens, und aus dieser Perspektive betrachtet, sehe ich die Dinge so:

^{*)} Der Redner hat in diesem Bericht durchaus nicht die Grundsätze unserer Bewegung erschöpfend behandelt. Es kam ihm nur in der Hauptsache darauf an, über bestimmte Vorgänge in den letzten Jahren, die in Verbindung mit den Grundlagen unserer Bewegung stehen, einen allgemeinen Ueberblick zu geben. Die Ausführungen bilden aber immerhin eine überaus wertvolle Ergänzung der in den letzten Jahren von Stegerwald gehaltenen und allgemeine Beachtung erfindenen öffentlichen Reden.

in der Gewerkschaftsbewegung ist die Stärkung des Verbandes durch Zuführung neuer Mitglieder und durch Zahlung angemessener Beiträge.

Voraussetzung für jeden Erfolg

1. Der Protestantismus ist in Deutschland eine ganz andere Geistesmacht wie der Sozialismus. Er hat geistig bedeutsame Entwicklungslinien; er löst zudem eine charitative Tätigkeit und Praxis aus, die kein Freund deutscher Volksgesundheit und Volkstüchtigkeit entbehren kann.

2. Die evangelische Kirche ist auf dem Wege zur Volkskirche. Die evangelische Bevölkerung stellt heute in Deutschland mehr als zwei Drittel des Gesamtvolkes dar.

3. Der Katholizismus ist als Volksteil durch den Versaillesvertrag bedeutend geschwächt worden. Fast alle abgetretenen Gebiete sind überwiegend katholisch. Als politischer Faktor dagegen ist der deutsche Katholizismus gestärkt aus dem Kriege hervorgegangen. Wenn Katholiken und Protestanten in Zukunft sich in Deutschland nicht vertragen und verstehen lernen, dann ist nach meiner festen Überzeugung die Einheit des Reiches nicht aufrecht zu erhalten. Es müssen daher Mittel und Wege gefunden werden, mittels deren die geistigen und sozialen Strömungen im deutschen Volkstümmer ihr Eigenleben und ihre berechtigten Sonderbestrebungen verfolgen können, und wir daneben trotzdem weitgehend zusammenarbeiten und zu einer Einheit als deutsches Volk zusammenwachsen. Das sind meine Gründe, weswegen ich den bodenständigen Teil der deutschen Bevölkerung, weswegen ich noch die gegenwärtig im nationalen Uebergang lebenden Kräfte, weswegen ich den religiös-politisch gerichteten evangelischen Volksteil in die staatliche Verantwortung eingegliedert wissen will.

Zur gegenwärtigen politischen Gesamtsituation

nur drei Sätze: Sozialdemokraten und andere sagen: Die Deutschnationale Volkspartei will im Reich und in Preußen wieder denselben Einfluß gewinnen, wie ehemals die Konservativen. Das ist selbstverständlich. Politische Macht und starken Einfluß erstrebt jede Partei, das ist ihr Zweck. Bei dieser Darstellung übersehen man aber, daß heute die Verhältnisse total anders liegen wie ehemals im alten preussischen Dreiklassenstaat, und damit im Reich. Heute zählt die Deutschnationale Volkspartei 22 Prozent der Abgeordneten des Reichstages. Hält man die übrigen 78 Prozent der Abgeordneten des Reichstages für so dumm und so passiv, daß sie diesen 22 Prozent den Staat überantworten?

Die deutsche Innen- und Außenpolitik ist heute, so dann gar nicht frei; sie ist heute, im großen gesehen, zu 80 bis 90 Prozent zwangsläufig. Diese Zwangsläufigkeit stört sich nicht an parteipolitische Koalitionen. Auf dem Effener Kongress führte ich aus: „Der Reichstag ist vielfach aus taktischen Gründen für die Koalitionsparteien weiß, was für die Oppositionsparteien schwarz ist, und umgekehrt. Seit einigen Monaten gehört die Deutsche Volkspartei der Regierungskoalition an. Jetzt macht sie vieles glatt mit, was sie früher in der Opposition auf das entsetzendste bekämpft hat. Auch die Deutschnationale Volkspartei würde ebenso handeln, wenn sie zur Koalition gehören würde.“

Politische Koalitionen sind keine katholischen Ehen, die sind nach ihrem Recht unauflöslich, politische Koalitionen können dagegen jeden Tag wieder gelöst werden.

Zusammenfassend möchte ich darum folgendes feststellen:

1. Wer uns wieder den alten Klassenstaat aufrichten will,
 2. wer uns wieder eine enge obrigkeitshohe Klasse als Regierung hinstellen will,
 3. wer glaubt, daß soziale Reaktion den Grundstein für Deutschlands Wiederaufbau abzugeben habe,
 4. wer glaubt, die Sozialdemokratie müsse von der Regierungskoalition ausgeschlossen werden, damit die Arbeiterklasse wieder zum Packesel der Gesellschaft degradiert werden könne,
- der hat falsch gewettet. Gegen diese Pläne gibt es in der christlichen Gewerkschaftsbewegung keine Krümmungen, dagegen gibt es nur einen klaren und geschlossenen Kampf! Dieser müßte wir den ganzen alten Parteistapel zerschlagen, bevor wir diese Politik und Entwicklung zulassen!

Siegermacht machte dann einige Darlegungen persönlicher Art, in denen er u. a. die Behauptung, er habe zu den „Berücksichtigungspolitikern“ gehört und die Diktatur gefördert, sehr entschieden widerlegte. Schließlich fasste der Redner seine Ausführungen in folgende Punkte zusammen:

1. Das Effener Programm sieht nach wie vor bestehen. Wenn die politische Zusammenfassung des deutschen Volkes einzuweisen nicht, wie in Offen in Aussicht genommen, erreicht werden kann, dann muß auf anderem Wege und mit anderen Mitteln an dem gleichen Ziel gearbeitet werden. Die Zusammenfassung und Umgestaltung des Parteienwesens war nicht das Hauptmerkmal des Effener Kongresses. Hauptwerk und Hauptinhalt von Offen war vielmehr: den Arbeitern eine andere Stellung in der Wirtschaft und damit im Staat und in der Gesellschaft einzuräumen, als die aus bloßen Lohnempfängern.

2. Die Tageszeitung „Der Deutsche“ hat in den großen parteipolitischen Kampfen Zurückhaltung zu beobachten. Sie hat die positive Seite anderer Völkern klar herauszustellen, zu helfen und an der Entgiftung und Entwässerung der politischen Sitten mitzuwirken.

3. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sollen sich nach wie vor in den politischen Parteien im Sinne der Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung betätigen. Sie sollen aber bei den landwirtschaftlichen Parteien kämpfen politische Zurückhaltung beobachten und an der Milderung der politischen Gegensätze im deutschen Volkstümmer mitwirken.

4. Die christlichen Gewerkschaften sind nach wie vor in erster Linie Organisationen zur Bekämpfung der Arbeiterinteressen bei Gestaltung des Arbeitsvertrages. Daneben sollen sie christlichen Gewerkschaften den verfassungskonformen politischen Kampf führen und sich entsprechend engagieren sein lassen, in dem Maße, in dem die Mitwirkung der Wirtschaft einzuweisen ist. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften haben sich klar einzupreisen, daß Gewerkschaftsarbeit Schutzarbeit ist, die nur durch kräftige Tätigkeit, hohe Selbstlosigkeit und Ausdauer zum Ziele führt.

5. Die Beziehungen zwischen den christlichen Gewerkschaften und den konfessionellen Ständevereinen (Arbeiter, Arbeiterinnen, Seeligen- und Jünglingsvereine) sind wieder richtig zu setzen. Die Wasserschutzvereine und die sonstigen Vereine, die zwischen christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Ständevereinen bestehen, sind durch

Wiederbelebung der Gemeinschaftsarbeit im deutschen Arbeiterkongress und auch sonst zu erneuern und zu bekräftigen. 6. Angriffe auf die Bewegung und ihre Führer sind seitens aller Organe und Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nachdrücklich zurückzuweisen.

Unsere Stellung zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. *)

Unsere Stellungnahme zur Wirtschafts- und Sozialpolitik kann an der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht vorbeigehen, kann aber auch nicht losgelöst werden von unserer Weltanschauung. Die derzeitige Wirtschaftslage erfordert besondere Maßnahmen. Wir geben das zu, können aber nicht zugeben, daß die Schlussfolgerung gezogen wird, die Sozialpolitik habe jetzt in den Hintergrund zu treten, sie sei gegenüber der Wirtschaftspolitik unbedingt das Sekundäre. Wir fassen die Sozialpolitik letzten Endes nicht als Geschäft auf, sondern als sittliches Gebot. In einer Volksgemeinschaft, die wirklich Anspruch auf diesen Namen haben will, muß der Grundsatz Geltung haben, daß im Rahmen des Möglichen die Hilfe demjenigen zuerst zuteil wird, der der Hilfe am meisten bedürftig ist. Das Ziel der Sozialpolitik müsse die Stärkung des Ganzen durch Sicherung und Erhaltung seiner wertvollen Teile sein, und sofern ein Glied durch Schwachheit zu verkümmern drohe, müsse die Sozialpolitik helfend und fördernd einspringen. Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik sind an sich keine Gegensätze, eine gute Sozialpolitik kommt auch der Wirtschaft zugute. Gute Sozialpolitik, die die Arbeitsfreude hebt und dadurch den Arbeitsertrag mehrt, dient auch der Wirtschaft.

Als christlich-nationale Arbeiter- und Ständebewegung schauen wir uns nicht,

Verantwortung zu übernehmen.

Wir tragen sie insofern unserer Grundanschauung bewußt und halten sie für einen selbstverständlichen Ausfluß unserer sittlichen Verbundenheit mit dem Volksganzen. Wir lehnen den Klassenkampf von oben und von unten ab. Der Berufsgedanke bewahrt uns vor einer unnatürlichen Gleichmacherei und Schematisierung. Wir erkennen die Verschiedenheiten, welche in der Natur der Dinge, der Gesellschaft liegen an und halten Differenzierungen für berechtigt.

So sehr wir aber einerseits die verschiedensten Pflichten und Verantwortungen betonen und anerkennen, so nachdrücklich wollen wir aber auch auf der anderen Seite unsere Rechte, die aus ewigen, unvergänglichen Gesetzen sich ableiten, geltend machen.

Im Mittelpunkt allen Handelns steht für uns der Mensch. Wir bekämpfen nicht das Kapital oder den Kapitalismus schlechthin, sondern in erster Linie den Kapitalismus der Genußsucht. Wir bekämpfen nicht jeden Arbeitgeber als Ausbeuter, sondern anerkennen ihn ebenfalls als ein wichtiges, volkswirtschaftliches Glied. Damit ist nicht gesagt, daß der gegenwärtige Wirtschaftsorganismus für vollkommen gehalten wird. Wie verbinden wir die Arbeiterklasse mehr mit ihrem Beruf, ihrer Arbeit und ihrem Betrieb? Wir erstreben einen besseren Inhalt des Berufsrechtsgesetzes. Wir möchten die Frage der Selbstbeteiligung auf dem Wege kollektiver Einrichtungen lösen.

Mit der Verwirklichung des Sachverständigen-gutachtens sind soziale Gefahren verschiedener Art verbunden. Es ist selbstverständlich, daß wir durch eine gerechte Lastenverteilung in Konsequenz der Erfüllung des Sachverständigen-gutachtens bedacht sein müssen. Das gilt nicht nur in bezug auf die Arbeitsbedingungen, sondern auch im Hinblick auf die Steuerfrage. Hier ist Schonung der schwachen Schultern, vor allem auch der kinderreichen Familien notwendig. Die Umfassener trägt zur Verteuerung wesentlich bei und trifft besonders die kinderreichen Familien. Die Gewerbesteuern haben mancherorts eine bedenkliche Höhe angenommen. Auch die Mietzinssteuer drückt schwer auf schwache Schultern. Wir werden versuchen, die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf diesem Gebiete durchzusetzen. Ein Umding ist es, die Hauszinssteuer statt nur zum Wohnungsbau, auch zu Beamtenbefolgungen zu verwenden. Insbesondere in einem Augenblick, wo die Beamtenbefolgung vor nicht allzu langer Zeit eine Neuregelung erfahren hat. Durch die Befreiung von dem Wicumlaffen ist die Zollfrage stark in den Vordergrund gerückt. Wir wollen die Zollfrage unter Berücksichtigung des Gesamtwohles betrachten. Aber schließlich ist auch das Gesamtwohl gefährdet, wenn den breiten Massen des Volkes soviel Lasten auferlegt werden, daß sie dieselben nicht tragen können und ihre Kaufkraft immer geringer wird. Freihandel mag zu vertreten sein, aber in einem Augenblick, wo das Ausland Deutschland gegenüber sich abschließt, kann man kaum ernsthaft darüber reden. In verschiedenen Zweigen unserer Industrie sind Zölle auch im Interesse der Arbeitnehmerschaft eine unerlässliche Notwendigkeit. Ueber ihre Höhe läßt sich streiten. Nicht so einfach ist die Beurteilung des Schutzzolls für die Landwirtschaft. Wir haben Interesse an einer starken Landwirtschaft. Die Landwirtschaft hat in den verflochtenen Inflationzeiten bessere Zeiten gehabt, als manche andere Volkswirtschaft, ohne es gut verstanden zu haben, sich selbst in die Volksnot hineinzuwerfen. Der Schutz Zoll auf landwirtschaftliche Produkte kann als Druckmittel und Kampfobjekt beim Abschluß von Handelsverträgen für die Industrie benutzt werden. Wir können der Verwirklichung von mäßigen sog. Kampfschutz zollen für die Landwirtschaft nur unsere Zustimmung geben, wenn zum mindesten durch geeignete sonstige Maßnahmen die Verteuerung der Lebenshaltung wieder ausgeglichen wird. Das bedeutet für uns verschiedene Forderungen: Ausschaltung überflüssiger und verteuert Zwischenglieder. Dabei fällt unserer Genossenschaftsbewegung eine wichtige Aufgabe zu. Wir müssen aber immer wieder auf das nachdrücklichste betonen, daß die Stellungnahme der christlich-nationalen Arbeiterschaft zur Schutz Zollfrage so lange offen bleiben muß, bis bestimmte, wichtige Lebensinteressen der Arbeiterschaft sichergestellt sind. Eine wichtige Rolle spielt die Frage der

*) Aus dem Vortrag des Generalsekretärs der christlichen Gewerkschaften, Kollegen Bernhard Otte, gehalten in der Vertretertagung in Köln am 13. Oktober.

Produktionssteigerung

und im Zusammenhang damit die Frage der Arbeitszeit. Es ist eine falsche Vorstellung, wenn man glaubt, daß die Produktionssteigerung sei nur mit verlängerter Arbeitszeit und gebrückten Löhnen und Gehältern zu erreichen. Der unsoziale Geist, der sich in manchen Arbeitgeberkreisen wachsend breit macht, ist eine Gefahr für den nationalen Zusammenhalt unseres Volkes. Ohne soziale Erneuerung gibt es keine nationale Wiedergeburt. In bezug auf die Arbeitszeitfrage scheint uns die herrschende Betrachtungsweise sehr schematisch. Vor allem die Meinung, daß infolge der vergrößerten Lasten eines verlorenen Krieges unbedingt länger gearbeitet werden muß als vor dem Kriege. Es wird dabei übersehen, daß auch im Auslande ebenfalls eine verkürzte Arbeitszeit Geltung hat, und daß außerdem die Arbeitsintensität bei uns fast auf der ganzen Linie erheblich gestiegen ist. Wir geben zu, daß ein Teil der deutschen Arbeiterschaft zu schematisch am Achtstundentag festhält; genau so schematisch verlangen aber die Arbeitgeber die Verlängerung. Bei dem Zusammenbruch Ende vorigen Jahres hat die christlich-nationale Arbeiterschaft den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung getragen, während viele Arbeitgeberkreise durch diktatorisches Vorgehen zur Vergiftung der Atmosphäre zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern außerordentlich beitrugen. Die Verlängerung der Arbeitszeit wurde fast auf der ganzen Linie zum Lohndruck benutzt. Als wir im vorigen Jahre um der Not des Ganzen willen dem Opfer vermehrter Arbeit beistimmen, haben wir damit nicht einen Dauerzustand gelten lassen wollen. Es ist jetzt der Zeitpunkt beschleunigter Erleichterungen und Neuregelungen auf dem Gebiete der Arbeitszeit gekommen. Gegenüber dem Verlangen der freien Gewerkschaften nach einem Volksentscheid über die Regelung der Arbeitszeit, haben wir uns ablehnend verhalten und uns auf dem Standpunkt gestellt, die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag sei unter gewissen Vorbehalten von Deutschland nun in den Bereich der Verwirklichung gerückt. Bei der schwierigen Lage Deutschlands in der Reparationsfrage kann der Achtstundentag nicht starr und schematisch als Dogma aufgestellt werden. Unsere Formel lautet: Kürzeste Arbeitszeit in Anpassung an die wirtschaftlichen und beruflichen Verhältnisse. Den Standpunkt, Deutschland soll sich überhaupt nicht auf internationale Abmachungen einlassen, können wir nicht vertreten. Wir halten es für besser, für die Notlage des deutschen Volkes im Interesse der Aufrechterhaltung einer gesunden, sozialen Reform auch internationale Interesse zu wecken. Die Folge der nunmehr auch von der Reichsregierung ausgesprochenen Bereitwilligkeit zur Ratifikation des Washingtoner Abkommens, wird zunächst sein, daß das Zweifelhafte in der Schwerindustrie nicht beibehalten werden kann. Der Achtstundentag soll als allgemeiner Grundsatz beibehalten werden. Dabei wird die christlich-nationale Arbeiterschaft sich vorliegenden Notwendigkeiten nicht verschließen, vor allem dann nicht, wenn auch arbeitgeberseitig über die erforderlichen Maßnahmen auf lokalem Wege mit der Arbeiterschaft verhandelt und die Arbeitszeitfrage selbst nicht zum Lohndruck benutzt wird.

Wichtig ist die Frage der Arbeitslosenfürsorge,

die immer noch als mangelhaft bezeichnet werden muß. Die finanziellen Verhältnisse des Reiches, der Staaten und der Gemeinden bedeuten wohl eine Hemmung; aber die Arbeitskraft Hunderttausender steht auf dem Spiele. Darum muß mehr Durchgreifendes geschehen. Die augenblicklich geltende Regelung ist ein Kompromiß zwischen Arbeitslosenversicherung und staatlicher Fürsorge, wobei allerdings die aus der Erwerbslosenversicherung sich ergebende Selbstverwaltung vollständig zu kurz kommt. Wir müssen uns gegen die Strömungen wehren, die in Zukunft die Beihilfen des Reiches und des Staates überhaupt in Wegfall kommen lassen wollen. Außerdem muß den staatlichen Behörden in Zukunft auch ein entsprechender Einfluß auf die Erwerbslosenfürsorge eingeräumt werden, der aber nicht so weit gehen darf, daß, wie heute, die Versicherten wohl ihre Beiträge bezahlen, über die Frage, wer etwas erhält und wieviel er erhält, aber die behördlichen Instanzen entscheiden. Unhaltbar ist es, daß Kurzarbeiter von ihrem außerordentlich hohen Lohn noch Arbeitslosenversicherungsbeiträge bezahlen, aber Arbeitslosenunterstützung nicht erhalten. Auch das Durcheinander auf dem Gebiete der Beitrags- und Gehaltsgemeinschaften muß beseitigt werden.

Der Auswanderung, die in den letzten Jahren eine verhältnismäßig starke gewesen ist, muß durch eine großzügigere Lohnpolitik, durch kräftigeres Zugreifen auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswesens nach Möglichkeit vorgebeugt werden.

Bedauerlich ist es, daß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine

wirkliche Arbeitsgemeinschaft

nicht mehr besteht. Sie wäre gerade jetzt notwendiger denn je. Die Zentralarbeitsgemeinschaft ist nach Austritt der freien Gewerkschaften ein Torso. Dazu kommt, daß ein arbeitsfähiger Reichswirtschaftsrat nicht mehr besteht. Der künftige Reichswirtschaftsrat muß beschleunigt geschaffen werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist aus der Zentralarbeitsgemeinschaft nicht ausgestiegen. Vielmehr haben die bekannten Auseinandersetzungen zwischen dem Vorsitzenden der deutschen Arbeitgeberverbände v. Borjst und dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Stegerwald, stattgefunden, die sich um die Frage drehen, ob sich für die Zukunft eine lebensfähige und leistungsfähige Arbeitsgemeinschaft wieder aufbauen läßt. Die Aussichten sind sehr gering, da man auf Arbeitgeberseite die Einbeziehung der sogenannten vaterländischen Arbeitnehmerbewegung, also der wirtschaftsfriedlichen oder gelben Gewerkschaftsbewegung verlangt. (Ablehnung und Unwille.) Wenn wir auch zwischen der sogenannten wirtschaftsfriedlichen Bewegung in der Landwirtschaft und der in der Industrie zu unterscheiden wissen, so können wir uns auch die Ziele der ersteren nicht zu eigen machen. In der Industrie aber können wir der wirtschaftsfriedlichen Bewegung einen gewerkschaftlichen Charakter nicht zuerkennen. (Allgemeiner Beifall.) Ihre Agitationsarbeit in der letzten Zeit reißt unser Volk noch weiter auseinander, und wir müssen betonen, daß wir ihre geistige Einstellung als Grundlage für fruchtbare Gewerkschaftsarbeit nicht anerkennen können. Ihren

Es gilt unsere Zukunft!

Die Grundlage für eine bessere Zukunft schaffen wir uns in der Gewerkschaft. Darum stärken wir sie durch Zuführung neuer Mitglieder und durch Entrichtung von höheren als in den Satzungen festgelegten Wochenbeiträgen.

Phrasen gegenüber von dem Verlangen nach einer nationaleren Einstellung bei uns, können wir nur auf das Handeln der christlich-nationalen Arbeiterbewegung im Gefahrengelände des Westens hinweisen; denn auf das Handeln kommt es an, nicht auf die Phrasen. Man wünscht ferner auf Arbeitgeberseite eine stärkere Berücksichtigung des Werks-gemeinschaftsgedankens. Auch wir wollen eine stärkere Verbindung des Arbeiters mit dem Betrieb durch Betriebsräte, Betriebsvereinigungen, Betriebstechnik, Wohlfahrtspflege usw. Einen Werks-gemeinschaftsgedanken aber, der seine Spitze gegen die Gewerkschaften richtet, können wir nicht anerkennen. Weiter wollen die Arbeitgeber von der Schematisierung und dem Tarifzwang herunter. Man kann aber eine Arbeitsgemeinschaft nicht wollen ohne den Tarif. Eine individuelle Regelung müssen wir ablehnen. Freiheit auf diesem Gebiete würde in der Praxis den Egoismus des einzelnen als leitendes Wirtschaftsprinzip bedeuten. Eine solche „privatwirtschaftliche Weltanschauung“ wird in uns den schärfsten Gegner finden. Wohl sind wir bereit, das Tarifwesen stärker zu spezifizieren und es den gegebenen betrieblichen, örtlichen und bezirklichen Verhältnissen mehr anzupassen.

In bezug auf das Schlichtungswesen

müssen wir betonen, daß die freiwilligen Schlichtungseinrichtungen, die durch die Beteiligten selbst gebildet werden, und die ihre Entscheidungen ohne Eingreifen von außen her fällen, staatlichen Einrichtungen vorzuziehen sind. Trotzdem kann nicht ganz auf Zwang verzichtet werden. Es wäre nur möglich, wenn Tarifwille und Vertretungswille auf allen Seiten in so starkem Maße vorhanden wären, daß man in Konsequenz den Staat entbehren könne. Das ist aber nicht der Fall. Darum hat der Staat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, regelnd und entscheidend einzugreifen.

Das privatwirtschaftliche Prinzip, das in weiten Arbeitgeberkreisen im Vordergrund steht, erschwert außerordentlich das Zustandekommen einer wirklichen Arbeitsgemeinschaft. Es kommt nun darauf an, ob sich auf beiden Seiten eine entsprechende Anzahl von Menschen findet, die den Mut haben, auf dem Boden der gegenseitigen Gleichberechtigung und Anerkennung allen Hindernissen zum Trotz Gemeinschaftsarbeit zu leisten. Die Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik sind nicht nur vom Standpunkt der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage, sondern auch aus christlich-weltanschaulicher Einstellung heraus zu betrachten. Wirklich soziales Empfinden und entsprechendes Handeln wächst aus den Grundfähen heraus; auf denen sich die Weltanschauung unserer Bewegung aufbaut. Eine Belebung der ethischen Kräfte im Geiste dieser Weltanschauung halten wir für notwendig. Arbeit ist Dienst am Ganzen. Je mehr wir die Aufgabe unserer Bewegung in dieser Richtung sehen und verwirklichen, um so eher wird auch die Stunde schlagen, wo unserem heißgeliebten deutschen Volk und Vaterland wieder bessere Zeiten beschieden sind.

Die Arbeitslosigkeit im besetzten Gebiete.

Es ist wenig beachtet worden, daß die letzten amtlichen Zahlen über die Erwerbslosigkeit wieder für das gesamte Reichsgebiet Geltung haben, während sie bisher nur für das unbesetzte Gebiet veröffentlicht worden sind.

Ein Vergleich der Zahlen für das besetzte und unbesetzte Gebiet zeigt nicht nur, was das besetzte Gebiet wirtschaftlich für uns bedeutet, er macht auch die Belastung klar, die das ganze Land durch die Zerrüttung der Wirtschaft im besetzten Gebiet zu tragen hat.

Der Hauptteil des besetzten Gebietes entfällt auf Preußen. Am 15. August wurden in ganz Preußen 347 861 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Davon entfielen auf das unbesetzte Preußen 176 635, auf das besetzte Preußen 171 166 Hauptunterstützungsempfänger, also nahezu die Hälfte. Im gesamten besetzten Gebiet wurden am 15. Aug. 208 626 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Für den 15. Sept. lassen sich die Zahlen nach den vorhandenen Angaben nicht mehr für Preußen besonders feststellen. Sie zeigen im Einklang mit der Gesamtlage des Arbeitsmarktes für das ganze deutsche besetzte Gebiet ein weiteres Steigen auf 213 250 Hauptunterstützungsempfänger.

Die Zahlen geben aber nur diejenigen Arbeitslosen an, die unterstützt werden. Häufig wird die Unterstüttung verweigert, wenn der Erwerbslose ein Stück Land zu eigen oder in Pacht hat. Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen ist nicht genau anzugeben. Man ist dabei auf Schätzungen angewiesen. Aus gelegentlichen Angaben einzelner Gemeinden geht hervor, daß die Arbeitslosen insgesamt etwa die doppelte Zahl der Unterstützten betragen, daß also nur etwa die Hälfte unterstützt wird.

Einen besonders erschütternden Eindruck machen aber die Zahlen über die Dauer der Erwerbslosigkeit. Am 15. Sept. wurden im ganzen Reich 225 807 Erwerbslose gezählt, die schon länger als drei Monate unterstützt worden sind. Davon entfallen 116 877 auf das besetzte Gebiet. 118 819 Erwerbslose bezogen am 15. September länger als sechs Monate Unterstützung. Von diesen entfällt auch der weitaus größere Teil, nämlich 75 353, auf das besetzte Gebiet.

Berücksichtigt man ferner die weite Verbreitung der Kurzarbeit, dann kann man sich eine schwache Vorstellung von der wirtschaftlichen Not machen, die in den besonders hart betroffenen Gebieten herrscht. Die Erwerbslosenfürsorge ist nicht reichlich. Familien, die lange Zeit auf sie angewiesen sind, müssen verarmen, weil Anschaffungen ganz und gar ausgeschlossen sind. Die Bezüge reichen kaum für den notwendigsten Bedarf an Nahrung und Wohnung. Nun droht aber für viele noch diese geringe Hilfsquelle zu versiegen. Aus manchen Gemeinden wird berichtet, daß demnächst die Fürsorge für etwa dreiviertel der Unterstützungsempfänger eingestellt werden muß, weil die Höchstdauer von 39 Wochen abgelaufen ist, oder bald abläuft. Zwar hat der Arbeitsnachweis nach § 18 Abs. 3 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge das Recht, bei Vorliegen besonderer Notstände im Einzelfall eine Verlängerung der Unterstützung zu gewähren. Hier handelt es sich aber nicht um einen einzelnen Notfall, sondern um einen allgemeinen Notfall.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat deshalb beim Reichsarbeitsminister den Antrag gestellt, mit Rücksicht auf diesen Notfall die Höchstdauer für den Bezug der Erwerbslosenfürsorge allgemein zu verlängern.

Zur Frage einer geordneten Wirtschaftsvertretung

hat der Deutsche Gewerkschaftsbund eine bemerkenswerte Eingabe an die Reichsregierung gemacht. Schon vor kurzem ersuchten die dem Deutschen Gewerkschaftsbund angehörenden Mitglieder des vorläufigen Reichswirtschaftsrats den Vorstand des letzteren, bei der Reichsregierung darauf zu dringen, daß in möglichst kurzer Frist ein Gesetzentwurf über den ordentlichen Reichswirtschaftsrat entsprechend dem diesbezüglichen Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrats

An die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften.

Die in Köln aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens der christlichen Gewerkschaften veranstaltete Rundgebung war ein machtvolles und weithin beachtetes Treuebekenntnis zu unseren Grundfäden. Eine erfolgreiche gewerkschaftliche Auswertung der Kölner Tagung ist durch die inzwischen erfolgte Auflösung des Reichstages stark behindert. Ein Wahlkampf mit all seinen üblen Begleiterscheinungen steht uns bevor. Gemäß der parteipolitischen Neutralität der christlichen Gewerkschaften ist beim bevorstehenden Wahlkampf darauf zu achten, daß die Parteipolitik von allen gewerkschaftlichen Veranstaltungen ferngehalten wird. Es liegt aber andererseits im Wesen und im Programm unserer Bewegung, wenn unsere Mitglieder innerhalb der einzelnen Parteien darauf drängen, im kommenden Wahlkampf statt des Trennenden das Einigende in den Vordergrund zu stellen und daß der Wahlkampf ohne Gehässigkeit und gegenseitige Verhöhnung geführt wird.

Im übrigen wollen wir uns durch den Wahlkampf von der entschiedenen Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterschaft nicht abbringen lassen. Es darf durch die Wahlbewegung nicht das Interesse für die Nöten und Sorgen verloren gehen, die insbesondere den Arbeiterstand bedrängen. Der Glaube, daß mit dem Stimmzettel zugleich auch alle sozialen und wirtschaftlichen Fragen gelöst werden können, hat sich als trügerisch erwiesen. Mehr denn je kommt es jetzt wieder auf die Selbsthilfe durch die Gewerkschaften an.

Ein Rückblick auf die verflochtenen 25 Jahre unserer gewerkschaftlichen Arbeit berechtigt zu der Feststellung, daß die seitherige Arbeit erfolgreich gewesen ist. Durch die Gewerkschaftsbewegung ist der Arbeiterschaft auf staatlichem und gesellschaftlichem Gebiete die Gleichberechtigung und auf wirtschaftlichem Gebiete ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht errungen worden.

Die gegenwärtige Zeit stellt neue und vermehrte Aufgaben an uns. Die durch den verlorenen Weltkrieg auf dem deutschen Volk ruhenden Lasten müssen eine gerechte Verteilung erfahren. Der Arbeiterstand darf nicht zum Lastträger für die anderen Volksschichten gemacht werden. Die Not der Arbeiterschaft ist heute ohnehin ungeheuer groß. Hunderttausende drückt bittere Arbeitslosigkeit. Das Lohninkommen steht in schreiendem Mißverhältnis zu Preisen, deren Höhe sich vielfach in keiner Weise rechtfertigt. Die Arbeitszeit hat in weitem Ausmaße unter dem Vorwand wirtschaftlicher Notwendigkeit, besonders in der Schwerindustrie, eine Ausdehnung erfahren, die gesundheitlich untragbar, kulturell unhaltbar und zugleich unwirtschaftlich ist.

Die Kölner Tagung der christlichen Gewerkschaften hat u. a. gefordert: beschleunigte gerechte Regelung der Arbeitszeit, nachdrückliche Bekämpfung ungesunder Preispolitik, ausreichende Erhöhung der Löhne und bessere Regelung der Erwerbslosenfürsorge.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung bleibt ihren Grundfäden treu. Sie behält im Bewußtsein ihrer Verantwortung die Pflicht des Dienstes am Gesamtwohl und wird nach wie vor diese ihre Pflicht erfüllen. Sie kämpft auch fürderhin mit allem Nachdruck für die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit als der Voraussetzung nationaler Wiedergeburt.

Die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen ist ohne eine starke und finanzkräftige Gewerkschaftsbewegung nicht möglich. Deshalb fordern wir auf zu weiterer zielbewußter und tatkräftiger Arbeit unter der bewährten Führung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung: christlich und national!

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt wird. Ferner beantragten sie, daß, so lange dieses noch nicht geschehen ist, dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat seine in der Inflationszeit aus Sparmaßregeln beschnittenen Rechte wiedergegeben werden.

Die erwähnte Eingabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Reichsregierung hat folgenden Wortlaut: Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Gesamtverbände und Zentralverbände bitten die Reichsregierung, alsbald den gesetzgebenden Instanzen einen Gesetzentwurf über die Errichtung des endgültigen Reichswirtschaftsrats gemäß Artikel 163 der Reichsverfassung zur

Annahme vorlegen zu wollen. Gleichzeitig bitten sie um die Vorlegung von Gesetzentwürfen über die Vertretung der Arbeitnehmer in den öffentlich-rechtlichen Kammern der deutschen Wirtschaft. Außerdem werden die gesetzgebenden Instanzen über die in der Reichsverfassung vorgesehene Errichtung der Bezirkswirtschaftsräte zu befinden haben.

Der bereits seit Ende Juni 1920 durch eine Verordnung vom 4. Mai desselben Jahres von der Reichsregierung einberufene vorläufige Reichswirtschaftsrat ist nach einer Periode angespannter und wertvoller Tätigkeit durch die Sparmaßnahmen der Reichsregierung seit dem Herbst des vorigen Jahres in weitem Maße ausgezehrt, insbesondere durch die Entziehung des Initiativrechts stark gelähmt worden. Die drei noch tätigen Hauptausschüsse werden im Sinne der früher vorgesehenen Aufgaben von der Reichsregierung nicht mehr ausreichend zur Mitarbeit und Begutachtung herangezogen. Dieser unwürdige Zustand erscheint uns kaum noch länger haltbar. Fast alle wirtschaftlichen Stellen, wo früher der Arbeitsgemeinschaftsgedanke, d. h. das Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei der Regelung wirtschaftlicher Fragen verwirklicht war, sind verwunden oder lahmgelegt. Die von uns angelegten und vom Reichswirtschaftsministerium besourceten Sachausschüsse für die einzelnen Industrie- und Gewerbezweige sind nicht zur Einführung gekommen. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat war schließlich noch die einzige beachtliche Stelle, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam über wirtschaftliche und soziale Fragen verhandelten und der Reichsregierung und den gesetzgebenden Instanzen Vorschläge leisteten. Auch diese letzte Stelle zur verantwortlichen Heranziehung von Arbeitnehmern ist nach der Vorgängen in der letzten Zeit gefährdet. Anscheinend lebt das alte Verfahren wieder auf, in solchen Fragen einseitig die Arbeitgeberorganisationen zu hören und nur deren Urteil einzuholen.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat bereits seit geraumer Zeit die von der Reichsregierung verlangten Vorschläge und Richtlinien für die Errichtung des ordentlichen Reichswirtschaftsrats fertiggestellt und der Regierung zugeleitet. Dasselbe ist hinsichtlich der notwendigen Umformung der öffentlich-rechtlichen Kammern der deutschen Wirtschaft und hinsichtlich der Errichtung von Bezirkswirtschaftsräten geschehen. Es erscheint daher befremdlich, daß die Reichsregierung, obwohl sie mehrere Gesetzentwürfe seit geraumer Zeit vorbereitet hat, diese bis heute den zuständigen Stellen nicht vorlegt.

Am allerdringlichsten erscheint uns die Errichtung des ordentlichen Reichswirtschaftsrats, und zwar nach den Vorschlägen, die der vorläufige Reichswirtschaftsrat nach langer und gründlicher Beratung pflichtgemäß selbst gemacht hat, und an denen die Vertreter aller beteiligten Kreise mitgewirkt haben. Nach diesen Vorschlägen soll der ordentliche Reichswirtschaftsrat als die Gesamtvertretung des deutschen Wirtschaftslebens auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet an der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches gemäß Artikel 163 der Reichsverfassung mitwirken. Demgemäß wird gefordert, daß der Reichswirtschaftsrat nicht nur die entsprechenden Gesetzentwürfe der Regierung begutachtet, sondern auch Gesetzesvorlagen beantragt, selbst aufstellt, durch die Reichsregierung bei dem Reichstag einbringen und vor dem Reichstag vertreten könne. Dabei wird u. e. zu erwägen sein, wie weit bei dem Erlaß von Gesetzen und Verordnungen über rein wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten dem ordentlichen Reichswirtschaftsrat ein gewisses Mitbestimmungsrecht, welches über die bloße Begutachtung hinausgeht, eingeräumt werden soll. Dem Reichswirtschaftsrat soll ferner nach den Beschlüssen des vorläufigen Reichswirtschaftsrats obliegen die Ausübung der ihm durch soziale und wirtschaftliche Gesetze des Reichs zugewiesenen Aufgaben der Verwaltung und der Aufsicht. Soweit Organe der Wirtschafts- und der Sozialverwaltung nach den Gesetzen des Reiches Vertreter der Wirtschaftskreise umfassen, sollen diese in der Regel vom Reichswirtschaftsrat bestellt werden.

Die Zusammenfassung des ordentlichen Reichswirtschaftsrats könnte nach dem Vorgang des vorläufigen Reichswirtschaftsrats ins Auge gefaßt werden. Jedensfalls darf das vorläufige Fehlen der Bezirkswirtschaftsräte kein Hindernis sein, die Bildung des ordentlichen Reichswirtschaftsrats hinauszuschieben.

Bezüglich der Arbeitsweise des ordentlichen Reichswirtschaftsrats sollte man die bisherigen Erfahrungen im vorläufigen Reichswirtschaftsrat ausnützen und die Arbeiten hauptsächlich in den ständigen Ausschüssen leisten lassen. Eine zu starke Zersplitterung in Sonderausschüsse wird zweckmäßig vermieden, Sonderausschüsse sollten in jedem Falle nur ausnahmsweise und vorübergehend bestellt werden. Die Möglichkeit dürfte offen zu halten sein, daß zur Mitarbeit an den Beschlüssen der ständigen Ausschüsse durch den Reichswirtschaftsrat Sachausschüsse (Arbeitsausschüsse) bestellt werden, denen auch andere Personen als die Mitglieder des Reichswirtschaftsrats angehören können. Beratungen in Vollversammlungen des Reichswirtschaftsrats müßten eine sehr sparsam geübte Ausnahme bleiben, so daß der größte Teil der Arbeiten durch die mit dem Rechte selbständiger Entscheidung ausgestatteten Hauptausschüsse endgültig erledigt würde.

Die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk brauchen zunächst einen an Zahl zwar kleineren, also beweglicheren, aber in seinen Rechten vervollkommenen ordentlichen Reichswirtschaftsrat. Wir sehen, wie auch in anderen wichtigen Industrieländern, besonders im Hinblick auf die bei der Durchführung des Londoner Paktes und der Dawes-Gesetze auftauchenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die gesunden Grundgedanken einer anerkannten paritätischen Wirtschaftsvertretung auf dem Marsche sind.

Neben der Errichtung des ordentlichen Reichswirtschaftsrats ist vordringlich die Vorlegung der Gesetzentwürfe über die zweckmäßige Umformung der deutschen Berufskammern. Man sollte aus Gründen der Staatsraison, wie des sozialen Friedens die aufstrebenden wertvollen Kräfte, Organisationen und Persönlichkeiten aus dem Arbeitnehmerlager durch ihre allgemeine Beteiligung an den öffentlich-rechtlichen Vertretungen der deutschen Wirtschaft verantwortlich binden.

Bis zur Schaffung des ordentlichen Reichswirtschaftsrats bitten wir die Reichsregierung dringend, wenigstens die frühere Stellung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, insbesondere sein Initiativrecht, wieder herzustellen und seine regelmäßige Befassung mit wichtigen Gesetzen und Verordnungen aufs neue zu sichern. Die jetzt kommende Zeit

der Wirtschaftsumstellung, der Steuer- und Sozialreformen verlangt gebietet ein Organ, das als die Stimme der deutschen Wirtschaft auftritt und anerkannt ist.

Allgemeine Rundschau.

Kapitalabfindung der Schwerverbeschädigten und Wohnfl.

Die Kapitalabfindung für Schwerverkriebsbeschädigte kann nach den gesetzlichen Bestimmungen bis zum Drittel der Rente und der Ortszulage umfassen. Bedingung hierbei ist, daß diese Rentenbezüge vorwiegend dauernd zu gewöhnen sind. Bei der Verlegung des Wohnfluges des Schwerverbeschädigten in eine andere Ortsklasse entsteht nun die Frage, welche Ortsklasse der Berechnung der Ortszulage zugrunde zu legen ist, da auch die Ortszulage nur insoweit kapitalisiert werden kann, als sie voraussichtlich dauernd zahlbar bleibt.

Von der Hauptgeschäftsstelle des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, Berlin NO 18, Gr. Frankfurterstr. 53, wird uns nunmehr mitgeteilt, daß das Reichsarbeitsministerium diese Frage dahin entschieden hat, daß nur die niedrigere Ortsklasse berücksichtigt werden kann, wenn damit zu rechnen ist, daß der Antragsteller seinen Wohnfl. an einem Orte einer niedrigeren Ortsklasse nehmen wird. Das trifft auch zu, wenn der Schwerverbeschädigte seinen Wohnfl. nachträglich an einen Ort einer höheren Ortsklasse verlegt. In diesem Falle dürfte natürlich die höhere Ortsklasse nur auf dem Wege einer Nachkapitalisierung berücksichtigt werden. Eine Nachkapitalisierung aber kommt nicht in Frage, da sie grundsätzlich ausgeschlossen ist.

Aus der Textilindustrie.

Ein geschlossenes Kartell in der Textilindustrie.

Zwischen der deutschen Tuchkonvention, dem Verband halbwollener und wollener Stoffe und neuerdings dem Verband sächsisch-thüringischer Webereien sind Kartellvereinbarungen getroffen worden, so daß gegenwärtig ein geschlossener Block der Tuch- und Wollwebereindustrie vorzuliegen ist. Die Kartellbedingungen sind außerordentlich schärf.

Deutschlands Wollproduktionen.

Deutschland wird auch in nächster Zeit an eine Vermehrung seiner Schafzucht nicht denken können. Der Verfall der Produktion, der fünf Millionen Quadratkilometer landwirtschaftlich benutzter Fläche dem deutschen Reich entzogen hat und die Bevölkerung von 123,8 auf 131,7 auf ein Quadratkilometer hat anwachsen lassen, zwingt den Boden so intensiv wie möglich auszunutzen. Nur die intensivste Wirtschaftsform läßt Raum für Zunahme der Wollträger. So ist der ständige Rückgang der deutschen Schafzucht seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts von 24.999.406 auf 6.000.000 im Jahre 1923, der letzten Zählung, zu erklären. Hinzu kommt noch, daß die Ausdehnung des Verkehrsmittels es ermöglichte, überseeische Wolle zu konkurrenzfähigen Preisen auf den deutschen Markt zu werfen.

Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten.

Steuerung und Arbeitslohn.

Durch die Geldentwertung des vorigen Jahres und ihre gewaltigen Folgen, sowie durch die falsche Einstellung der freien Gewerkschaften und die Unfähigkeit der Kommunisten bei den Arbeitskämpfen zu Anfang dieses Jahres sind sehr viele Arbeitnehmer an der Gewerkschaft ihre geworden. Die durch das Kapital beherrschte Presse hat es ebenfalls meisterschaft verstanden, die Arbeiter gegen ihre Gewerkschaften einzustellen, und nur allzuwenig sind diese Arbeitermassen dieser kapitalistischen Beeinflussung erlegen. Ein Teil der Arbeiter hat geglaubt, nichts Besseres tun zu können, als aus den Berufsverbänden auszutreten. Durch dieses Verhalten der Arbeitnehmer ist nicht nur die Wirksamkeit der Textilarbeiterverbände für die Arbeiterschaft erheblich erschwert, sondern der Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen fast unmöglich geworden.

Der Arbeiterschaft sind diese Organisationsverhältnisse nur zu gut bekannt. Sie muß diese durch die Arbeitnehmerschaft selbst geschaffene Lage zu ihren Gunsten reichlich ausnutzen. Obwohl bei der Umstellung auf Goldmark die Löhne viel zu gering festgesetzt wurden und trotz langwieriger aber sicherer weiterer Verschlechterung der Lebenshaltung haben die Arbeitgeber schon seit Mai jede Erhöhung der Löhne abgelehnt. Die staatlichen Organe (Schlichtungsausschüsse, Reichs- und Staatskommissionariat usw.) brauchen nicht den Mut auf, gegen den Willen der Arbeitgeberverbände einen den Verhältnissen Rechnung tragenden Lohn durch Schiedsspruch festzusetzen. Die Arbeitgeber und deren Organisationen und alle die Stellen, die dazu berufen sind, den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerschaft Rechnung zu tragen, versuchen der Öffentlichkeit einzureden, daß eine Erhöhung der Löhne in den letzten Monaten und im gegenwärtigen Augenblick nicht möglich und auch kaum notwendig sei.

Die Lohnforderung der Textilarbeiterverbände an die Arbeitgeber ab 1. Oktober 1924 weist in der Begründung darauf hin, daß der Lohn des bezahlten Zeitlohnarbeiters einschließlich Familienzulage nicht ausreicht, um eine Familie zu unterhalten. Die Gegenüberstellung der Lebenshaltungskosten für eine fünfköpfige Familie und des Arbeitseinkommens bei 54 Wochenstunden weist einen Fehlbetrag von 16 Mark aus. Erst dieser betragsmäßige Begründung für eine Lohnforderung brachte die Arbeitgeber für den rechtsrheinischen Textilbezirk in den Verhandlungen den traurigen Mut auf, einen Lohnabzug von zehn Prozent zu fordern und dieses bei der Schlichtungsverhandlung zu vertreten. Den Lohnabzug hat der Schlichtungsausschuss zwar abgelehnt, er konnte sich jedoch nicht dazu aufschwingen, die unabdingbare zur Sicherung der Lebenshaltung notwendige Lohnerhöhung zu gewähren.

Du es folger Zustand auf die Dauer unhaltbar ist und unsere deutsche Wirtschaft ruiniert wird, sollte endlich auch die Arbeiterschaft erwachen. Leider vermögen wir nach allem Vorangegangenen nicht mehr an den guten Willen und die notwendige Einsicht der Arbeitgeber zu glauben. Aus diesem Grunde sehen wir uns veranlaßt, diese Mitteilung der Öffentlichkeit zu übergeben mit dem Mahnruf an die gesamte Bürgerschaft, vor allem Frauen aber an die staatlichen Organe: Gerechtigkeit und Lebensmöglichkeit auch für die Arbeiterschaft, oder Untergang unserer deutschen Wirtschaft!

Aus unserer Bewegung.

Unsere Wohlfahrtsmarke.



Seit langem schon ist der Zentralwohlfahrtsauschuß der christlichen Arbeiterschaft von einigen Bezirks- und Ortswohlfahrtsauschüssen, besonders von dem Duisburger Wohlfahrtsauschuß in Düsseldorf, aufgefordert worden, durch Ausgabe einer Wohlfahrtsmarke unserer praktischen Wohlfahrtspflege eine regelmäßige Einnahme zu verschaffen. Diesem Wunsche ist jetzt Folge geleistet worden durch Herstellung einer Wohlfahrtsmarke, die entsprechend dem Preisverhältnis an unsere Mitglieder und Freunde abgegeben werden kann.

Diese Wohlfahrtsmarke gibt dem eigenen Charakter einer helfenden Liebestätigkeit der Arbeiterschaft Ausdruck. Ein kräftiger, junger Arbeiter trägt mit starkem Arm den armen, hilfsbedürftigen Invaliden. Der handarbeitende Bruder hilft dem nicht mehr arbeitsfähigen. Es ist dieses eine Bitte an alle kräftigen, verdienenden Arbeitsbrüder, von dem Wenigen, was sie haben, noch ein Weniges für alle entbehrenden Standesgenossen, die unfähig sind, sich selbst zu helfen, zu geben.

Die Marke liegt in den Werten von 10, 20 und 50 Pfennigen vor, so daß jeder imstande ist, entsprechend seinen finanziellen Verhältnissen unsere praktische Wohlfahrtspflege zu unterstützen. Sie kann als Beitragsmarke regelmäßig wöchentlich oder monatlich in das Mitgliedsbuch der gemeinschaftlich organisierten eingetragen werden. Sie kann auch als Briefverschluss benutzt, oder bei feierlichen Anlässen, z. B. Ortsgruppen- und Kartellfestlichkeiten, geselligen oder Vortragsveranstaltungen usw. verkauft werden. Eine besondere gute Gelegenheit des Verkaufes sind die jetzt überall stattfindenden Feiern des 25-jährigen Jubiläums der christlichen Gewerkschaften.

Die Marken können bezogen werden durch den Zentralwohlfahrtsauschuß der christlichen Arbeiterschaft in Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25 I, oder durch den zuständigen Landeswohlfahrtsauschuß.

Unsere Deutsche Volksbank-N. G.

hat zur Erleichterung des wertbeständigen Sparverkehrs eine begrüßungswerte Einrichtung für kleine Sparer durch Einführung von Sparkarten und Sparmarken geschaffen. Die Kartelle und Ortsgruppen können in den Versammlungen und Zahlabenden, wo die Mitgliedsbeiträge eingezogen werden, gleich auch die Sparmarken von 0,50 Mk., 1 Mk., 3 Mk. und 5 Mk. an die Vertrauensleute und Mitglieder verkaufen. Die Kolleginnen und Kollegen, die sich zum wertbeständigen Sparen melden, erhalten vom Sparennehmer des Kartells oder der Ortsgruppe ein Sparmarkenheft, in das die Sparmarken geklebt werden. Sind 100 Mark Spargeld erreicht, so wird das Sparmarkenheft gegen ein Sparkassenbuch eingetauscht. Durch diese Methode sollen auch die kleinen und kleinsten Sparbeiträge erfasst werden, um nach und nach die gesamte Sparkraft der christlich-nationalen Arbeitnehmerschaft durch unsere Deutsche Volksbank in der Wirtschaft in unserem Sinne zur Geltung zu bringen.

Wegen Zufendung des Sparmaterials (Sparmarkenhefte, Sparmarken usw.), sowie bei evtl. Anfragen wende man sich direkt an unsere Deutsche Volksbank N. G. in Essen-Ruhr III, Haggen 64.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Lörrach. Gegen die Steigerung der Preise für Lebensmittel. — Für eine Erhöhung der Löhne. Das Kartell der christlichen Gewerkschaften in Lörrach trat am 14. Oktober 1924 zu einer Konferenz zusammen. Diese war sehr gut — von 52 Delegierten der einzelnen Ortsgruppen — besetzt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Kollege Rindler, der majestätischen Reise des 3. N. 3 nach Amerika und knüpfte daran den sehnlichsten Wunsch, daß dem Wunderwerk deutschen Geistes und deutscher Arbeit eine glückliche Reise und eine glückliche Landung in der neuen Welt beschieden sein möge, und daß insbesondere diese Übertragung deutschen Geistes und deutscher Arbeit nach der neuen Welt zur erträglichen und nachhaltigen Völkerverjüngung beitragen möge.

Ferner erinnerte der Vorsitzende an die imposante, offizielle Jubiläumskundgebung der christlichen Gewerkschaften am Sonntag, den 12. und Montag, den 13. Okt., in der riesigen Ausstellungshalle am Deutzer Ufer in Köln am Rhein, an der neben dem Vertreter des durch die politischen Ereignisse der Gegenwart verhängerten Reichskanzlers, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, als Vertreter der beiden christlichen Konfessionen Se. Eminenz Kardinal Schulte und Präses Superintendent Dr. Wolf, sowie zahlreiche Reichs- und Landesabgeordnete und die Führer der christlichen Arbeiterbewegung neben Tausenden von christlichen Gewerkschaftlern teilnahmen. 25 Jahre christlicher Gewerkschaftsarbeit liegt hinter uns. Der Rückblick erfüllt uns mit Stolz und Bewunderung, aber auch mit unauflöslichem Dank gegen Gott und die selbstlosen, opferbereiten Führer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Die Tagesordnung, „Wichtige Gegenwartsfragen“, gab Anlaß zu einer lebhaften Aussprache. Zum Punkt „Preissteigerung der Lebensmittel“, fand folgende Entschließung einstimmige Annahme:

Angesichts der außergewöhnlichen Preissteigerung der Lebensmittel, einschließlich Kartoffeln und Obst, die in der letzten Zeit durchweg zu beobachten ist, und die in den Kreisen der Verbraucher schwere Besorgnisse hervorruft, erhebt das Kartell der christlichen Gewerkschaften laut und energigen Protest. Es erinnert damit die Kreise der Erzeuger und des Handels an eine jolide Kalkulationspflicht, zumal der Arbeiter keine Möglichkeit hat, durch einseitige Steigerung seine Einkommensverhältnisse zu steigern. Die mit Freunden begrüßten Maßnahmen der Regierung, Senkung der Kohlenpreise und der Frachten, sowie die Ermäßigung der Umsatzsteuer, haben gewisse Kreise bemüht, Schwärze in unverantwortlicher Weise zu nehmen. Die Behörden sind dringend zu ersuchen, die Preisprüfungs-kommissionen umgehend zusammen zu berufen, die ihrerseits die zu bräutigandenden Prüfungsergebnisse der Staatsanwaltschaft und der Öffentlichkeit übergeben sollen.

Die Arbeitgeberkreise, insbesondere die der Metall- und Textilindustrie, werden wiederholt und mit allem Nachdruck daran erinnert, daß die Löhne auch ohne die gegenwärtige Verteuerung der Lebenshaltung weit unter einem erträglichen annehmbaren Verhältnis liegen. Das Kartell der christlichen Gewerkschaften ersucht, daß die Arbeit-

geberorganisationen umgehend mit den zuständigen Berufsorganisationen der Arbeitnehmer in Verhandlungen über eine angemessene Erhöhung der Löhne eintreten.

Ferner ruft das Kartell der christlichen Gewerkschaften sämtliche Angehörige der angeführten Berufsverbände zum Anschluß und zur Mitarbeit in den Selbsthilfsorganisationen (Warenversorgung Lörrach e. G. m. b. H.) auf, weil nur auf diesem Wege eine stetige und nachhaltige Besserung in festerer Aussicht steht.

Biersen. Zur ablehnenden Haltung der Arbeitgeberverbände in der Lohnfrage. Unsere Ortsgruppe hatte am Sonntag, den 19. Oktober, ihre Mitglieder versammelt, um gegen das Gebahren der Arbeitgeberverbände in der Lohnfrage Stellung zu nehmen. Gewerkschaftssekretär Nöhemmes hob in seinem Bericht besonders hervor, daß das Verhalten der Arbeitgeberverbände, insbesondere der Syndikats, den so notwendigen wirtschaftlichen Frieden auf eine scharfe Probe stelle. Den Aufbau der Wirtschaft auf Kosten der breiten Masse zu bemerkenswerten. Dagegen hilft nur ein geschlossener Wille der arbeitenden Bevölkerung, und tragen die Arbeitgeberverbände die Verantwortung, wenn die Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer täglich schärfere Formen annimmt.

Die Sekretärin Renne Kappels-Cresfeld, ergänzte die Ausführungen des Vordragners und forderte die Anwesenden auf, mit noch größerem Opferwillen wie bisher, den Verband zu stärken. Die Parole aller sei durch die Haltung der Arbeitgeberverbände gegeben. Aus nachfolgender, einstimmig angenommener Entschließung geht der Wille der Versammelten unzweifelhaft hervor:

„Die heute stattgefundene Mitgliederversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Ortsgruppe Biersen, nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der ablehnenden Haltung der Arbeitgeberverbände in der Lohnfrage. Lohnserhöhungen von 3-6 Prozent bedeuten ein Nichts gegenüber der großen Notlage innerhalb der Arbeiterschaft. Die bestehenden unzulänglichen Löhne zwingen nur zu härtester Kampfensage den Arbeitgebern gegenüber, und lehnen wir die Verantwortung dafür ab, daß das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer mehr getrübt wird.“

Der Leitung des christlichen Textilarbeiterverbandes bringen wir das größte Vertrauen entgegen und geloben erneut, unsere ganze Kraft in den Dienst des Verbandes zu stellen. Den Abseitsstehenden rufen wir zu: Hinein in den Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands. Geschlossen sind wir alles, allein ein Nichts!

Der Vorsitzende teilte dann noch mit, daß am 15. und 16., 29. und 30. November, am 13. und 14. Dezember, ein Lehrkursus für Vorstand, Vertrauensleute, Betriebsratsmitglieder und Mitglieder abgehalten würde. Anmeldungen werden täglich auf dem Büro, Lindenstraße 12, entgegen genommen.

Mit einem kurzen Schlußwort wurde die in allen Teilen gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Dülken. Winterarbeit. Wenn jetzt die Abende länger werden, beginnt für uns die Zeit der emsigsten Arbeit für unsere Standesbelange, für die Weiterausbildung in unserem Berufe, für die Bildung unseres Geistes. Im Laufe dieses Winters findet jeden Monat eine Versammlung mit Vortrag statt. Die Vorträge werden vom Vorsitzenden, Kollege Verhufen, gehalten. In der am 12. Oktober stattgefundenen Versammlung sprach Kollege Verhufen über das Thema: Freiheit, Jugend und Arbeiterbewegung. Redner schilderte uns die Freiheitskämpfe im Altertum, im Mittelalter und in der Gegenwart. Überall beobachten wir, wie die Arbeiterschaft bemüht war und bemüht ist, sich ein menschenwürdiges Dasein zu erringen. Der Kampf um die Jugend ist der Kampf um die Zukunft. Die Arbeiterbewegung ist nicht so neu, wie wir annehmen. Die Zünfte und Gesellenverbände waren die Vorläufer der heutigen Arbeiterbewegung. Erstausübende haben damals die organisierten Gesellen geleistet. Es gibt viele Arbeiter und Arbeiterinnen im 20. Jahrhundert, die von den Gesellen des Mittelalters noch vieles lernen können. Denn heute haben viele Arbeiter und Arbeiterinnen: der Verband hat keinen Zweck mehr, denn es wird doch nichts erreicht. Die armen Menschen! Was ist denn erreicht worden? Früher waren die Arbeitgeber allein Gewalthaber; heute bestimmen der mit wertvollen gesetzlichen Rechten ausgestattete Betriebsrat und das mit der gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Arbeiter gemeinschaftlich geschaffene Gesetz, der Tarifvertrag, was rechtens ist im Betriebe. Geregelt Arbeitszeit, Einschränkung der Nacht- und Sonntagsarbeit auf das nötigste Maß, Urlaub, Überstundenvergütung, Bestimmung über Arbeitsabnahme bei Stöckeln, überall Zurückdrängen der alten Mißstände, Ordnung, Mitbestimmung. Ein großer Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen ist durch die Gewerkschaftsschule gegangen, sie haben solidarisches Denken und Handeln gelernt, sie sind befähigt in der Betriebsvertretung, Sozialversicherung, Arbeitsnachweisen, Arbeitsgerichtsbarkeit, in der Verwaltung des Kreises, Stadt und Gemeinde, mitzuwirken. Hunderttausende sind durch die Besserung der sanitären Einrichtungen vor Berufsankahen und frühem Tode bewahrt geblieben. Ob das alles auch ohne den Verband gekommen wäre? O nein! Wir alle wollen Schutz und Schwert unserer christlichen Gewerkschaften sein. Denn nur durch eine starke Organisation kann sich die Arbeiterschaft die Stellung erringen, die ihr zukommt. Als Delegierte für die Bezirkskonferenz wurde Kollege Krings und die Kolleginnen Krücker und Wilms gewählt. Nachdem noch auf die Unterrichtsfrage hingewiesen war, wurde die Versammlung geschlossen.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Unsere Stellung zu den politischen und geistigen Strömungen der Gegenwart. — Unsere Stellung zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. — Die Arbeitslosigkeit im belebten Gebiete. — Zur Frage einer geordneten Wirtschaftsvertretung. — An die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften. — **Allgemeine Rundschau:** Kapitalabfindung der Schwerverbeschädigten und Wohnfl. — **Aus der Textilindustrie:** Ein geschlossenes Kartell in der Textilindustrie. — Deutschlands Wollproduktionen. — **Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten:** Steuerung und Arbeitslohn. — **Aus unserer Bewegung:** Unsere Wohlfahrtsmarke. — Unsere Deutsche Volksbank N. G. — **Berichte aus den Ortsgruppen:** Lörrach. — Biersen. — Dülken.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Lannenvstr. 33.